



E-Government Schweiz Newsletter 02/2017

Sehr geehrte Damen und Herren

In unserem aktuellen Newsletter finden Sie die folgenden Themen:

- Steuerungsausschuss beschliesst zusätzliche Mittel für Vote électronique
- Planungsausschuss beschliesst Innovationen 2017/2018
- Kurzfilm zu E-Government im Alltag
- E-ID: grünes Licht für Joint-Venture von Post und SBB
- Vote électronique: Kantone verabschieden Planungsinstrument, Bundesrat beschliesst strategische Schritte
- Austausch von Registerdaten: Lösungen für die einheitliche Namensschreibweise
- Geoinformation: Swisstopo gewinnt Digitalisierungs-Award, Linked Data-Dienst für die semantische Verlinkung von Geodaten
- Verein eCH: Nutzen der Standardisierung
- E-Government-Bund: erfolgreicher erster «Round Table»
- Informatiksteuerungsorgan des Bundes: Für einen sicheren Umgang mit dem Internet der Dinge
- Kanton Aargau: Regierungsrat verabschiedet OGD-Strategie
- Kanton Bern: neue E-Government-Strategie bis 2018
- Nationale Adressdienste für die öffentliche Hand
- Auf dem Weg zu einer Datenpolitik des Bundes
- Deutschland: eID-Funktion auf Personalausweis soll automatisch freigeschaltet werden
- Veranstaltungshinweise

E-Government Schweiz

Steuerungsausschuss beschliesst zusätzliche Mittel für Vote électronique

Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz hat an seiner Sitzung vom 26. April 2017 zusätzliche finanzielle Mittel für die Etablierung des elektronischen Kanals für Wahlen und Abstimmungen beschlossen. Im Rahmen des Schwerpunktplans stehen damit 2017 zusätzlich 0,53 Millionen Franken zur Verfügung. Der Steuerungsausschuss hat zudem den Jahresbericht 2016 der Geschäftsstelle genehmigt. Den Schwerpunktplan 2017-2019 finden Sie unter www.egovernment.ch/schwerpunktplan, den Jahresbericht unter www.egovernment.ch/jahresbericht.

Planungsausschuss beschliesst Innovationen 2017/2018

An seiner Sitzung vom 14. März 2017 hat der Planungsausschuss E-Government Schweiz drei Projekte in die Innovationen 2017/2018 aufgenommen. Es handelt sich um die Projekte «Ki-Tax - Online Gesuchstellung in der familienergänzenden Kinderbetreuung» der Stadt Bern, «Elektronische Bearbeitung und Archivierung von offiziellen Dokumenten auf der Basis von Blockchain» des Kantons Genf und «Termadat und Linked Data» des Schweizerischen Bundesarchivs.

Weitere Informationen zu den drei Projekten finden Sie unter www.egovernment.ch/innovationen-2017-2018.

Kurzfilm zu E-Government im Alltag

Ein kurzer Animationsfilm von E-Government Schweiz zeigt, wie elektronische Behördenleistungen in verschiedenen Lebenslagen im Alltag genutzt werden können und wie sie helfen, Zeit und Aufwand bei der Abwicklung eines Behördengeschäfts zu sparen.

Den Film finden Sie unter www.egovernment.ch/im-alltag.

Schwerpunktplan

E-ID: grünes Licht für Joint-Venture von Post und SBB

Der Bundesrat hat im Februar die Vernehmlassung zum E-ID-Gesetz lanciert. Diese dauert bis Ende Mai. Das Gesetz sieht vor, dass sich private Unternehmen als Anbieterinnen der staatlich anerkannten elektronischen Identität zertifizieren lassen können. Die SBB und die Post möchten über die Posttochter SwissSign gemeinsam eine neue E-ID lancieren. Von Seiten der Wettbewerbskommissionen der Schweiz und der EU haben sie nun für diese Zusammenarbeit grünes Licht erhalten.

Weitere Informationen zum Joint-Venture finden Sie im [Artikel der «Computerworld»](#), Informationen zur Vernehmlassung sind auf der [Website des Bundesamts für Justiz](#) abrufbar.

Vote électronique: Kantone verabschieden Planungsinstrument, Bundesrat beschliesst weitere strategische Schritte



Die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz hat an ihrer Sitzung vom 20./21. April 2017 ein Planungsinstrument zur Beschleunigung der Ausdehnung des elektronischen Stimmkanals verabschiedet. Das Planungsinstrument, der Entscheid des Bundesrates zur Überführung der elektronischen Stimmabgabe in den ordentlichen Betrieb sowie die zusätzlichen finanziellen Mittel von E-Government Schweiz bedeuten gute Voraussetzungen für die weitere Etablierung des elektronischen Stimmkanals.

Darüber hinaus gibt es verschiedene kantonale Aktivitäten zur (Wieder-)Einführung von E-Voting. Der Kanton Thurgau hat die Ausschreibung eines entsprechenden Systems lanciert, die bis am 10. Mai dauert. Im Kanton Graubünden steht eine Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte an, um die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Einführung von E-Voting als ordentlicher dritter Stimmkanal zu schaffen. Weiterführende Informationen finden Sie unter www.egovernment.ch/evoting und in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Forum der Themenführer

Austausch von Registerdaten: Lösungen für die einheitliche Namensschreibweise

In der Registerlandschaft Schweiz können ausländische Namen nicht immer mit den korrekten Sonderzeichen erfasst werden. Eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung, der Kantone und der Einwohnerregister erarbeitet zurzeit eine Vorstudie zur Lösung dieser Problematik. Am 31. Januar 2017 fand in Solothurn das Kick Off-Meeting statt.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Website des Bundesamts für Statistik](#).

Geoinformation

- **Swisstopo gewinnt Digitalisierungs-Award:** Die Auszeichnung «Swiss Digital Transformation Award» geht an Unternehmen und Organisationen, die besondere Fortschritte in der digitalen Reife gemacht haben. Swisstopo überzeugte mit der kompletten Digitalisierung der Landeskarten ab dem Massstab 1:10'000 und der Datenaufbereitung auf dem Portal maps.geo.admin.ch und entschied den Wettbewerb in der Kategorie «Kleine und mittlere Organisationen» für sich. Mehr dazu finden Sie in der [Medienmitteilung von swisstopo](#).
- **Linked Data-Dienst für die semantische Verlinkung von Geodata:** Mit dem neuen Linked Data-Dienst des Geoportals des Bundes werden ausgewählte Geodatensätzen als Linked Data publiziert. Derzeit stehen die swissBOUNDARIES3D zur Verfügung. Linked Data nutzt das Internet, um Daten die eine Beziehung zueinander haben, miteinander zu verbinden. Die Daten werden über den Uniform Resource Identifier identifiziert, geteilt und verlinkt. Das Resource Description Framework und zugrundeliegende Standards wie SPARQL werden dabei zur Codierung und Verlinkung der Daten verwendet. Damit stehen Schnittstellen für Geodaten für die Umsetzung der Standards «eCH-0177 Informationsmodell zur Geschäftsabwicklung in einer Vernetzten Verwaltung Schweiz» und «eCH-0126 Vernetzte Verwaltung» zur Verfügung. Link: www.geo.admin.ch/linkedata.

Standardisierung

Verein eCH: Statements zum Nutzen von E-Government-Standards



«Es ist ganz zentral, dass unsere Lösungen am Markt kompatibel sind.»

Was Dirk Budke, Senior Solutions Consultant UMB AG sonst noch motiviert, im Verein eCH mitzumachen, sehen Sie in diesem Video.

An den «Infosocietydays» zeigten zwei Präsentationen den Nutzen der Zusammenarbeit im Verein eCH auf. Das Referat der Gemeinde Horgen verdeutlichte den Mehrwert der eCH-BPM-Plattform bei der Darstellung

der eigenen Arbeitsprozesse. Die Präsentation der Firma Sopra Steria zeigte, wie Standards die Geschäftsabwicklung im Migrationsamt des Kantons Zürich erleichtern. Die Präsentationen finden Sie auf der [Website des Swiss eGovernment Forums](#).

Weiterführende Informationen zum Verein eCH finden Sie unter www.ech.ch

Neuigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden

E-Government-Bund: erfolgreicher erster «Round Table»

Am 16. März trafen sich rund 35 E-Government-Fachleute der Bundesverwaltung zu ersten E-Government-Roundtable des Bundes. Der E-Government-Koordinator des Bundes, Dieter Tschan, hatte zu diesem Treffen eingeladen. An der Nachmittagsveranstaltung stellten die Teilnehmenden ihre aktuellen Projekte und Herausforderungen im Bereich E-Government vor. Im zweiten Teil präsentierte das Staatssekretariat für Wirtschaft den Stand des strategischen Projekts «Transaktionsportal für die Wirtschaft».

Weitere Informationen zum Projekt Transaktionsportal für die Wirtschaft finden Sie unter www.egovernment.ch/oss.

Informatiksteuerungsorgan des Bundes: Für einen sicheren Umgang mit dem Internet der Dinge

Der am 20. April veröffentlichte 24. Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung befasst sich mit den wichtigsten Cybervorfällen der zweiten Jahreshälfte 2016 im In- und Ausland. Im

Schwerpunktthema widmet sich der Bericht dem immer bedeutender werdenden Internet der Dinge. Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des ISB](#).

Kanton Aargau

- **Regierungsrat verabschiedet OGD-Strategie:** Der Regierungsrat und die Gemeindepersonalfachverbände Aargau haben Anfang April die Open Government Data-Strategie verabschiedet. Damit hat der Kanton Aargau die Grundlage geschaffen, um öffentlich zugängliche Behörden- und Verwaltungsdaten auf der Plattform [opendata.swiss](#) publizieren zu können. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website von E-Government-Aargau](#).
- **eUmzugAG:** Am 5. April 2017 haben rund 150 Mitarbeitende aus Aargauer Gemeinden an einer Veranstaltung zum Projekt eUmzugAG teilgenommen. Die Aargauer Gemeinden werden die Lösung des Verbunds eUmzug Schweiz per 1. Juli 2017 einführen. Die Präsentation der Veranstaltung finden Sie auf der [Website von E-Government-Aargau](#).

Kanton Bern: neue E-Government-Strategie bis 2018

Der Berner Regierungsrat hat Ende März entschieden, die kantonale E-Government-Strategie aus dem Jahr 2002 bis im Jahr 2018 zu überarbeiten. In diesem Rahmen soll auch die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im E-Government analysiert werden. Der Regierungsrat würde eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit unterstützen, sofern die Bereitschaft hierfür seitens der Gemeinden vorliegt. Weiterführende Informationen finden Sie im [Artikel der Inside-it](#).

E-Government in der Politik

Bundesrat: Nationale Adressdienste für die öffentliche Hand

Die öffentlichen Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen künftig auf einen zentralen Dienst mit den Adressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zugreifen können. Damit könnten die Behörden ihre Aufgaben effizienter erfüllen und die Verwaltungsabläufe vereinfachen. Dies dient auch den Bürgerinnen und Bürgern. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, bis Ende August 2018 einen entsprechenden Vernehmlassungsentwurf auszuarbeiten. Dabei sind namentlich auch die Anforderungen des Datenschutzes und der Informationssicherheit angemessen zu berücksichtigen. Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Bundesrat: Auf dem Weg zu einer Datenpolitik des Bundes

Die Schweiz soll über kohärente Rechtsgrundlagen zu Daten und den Umgang mit ihnen verfügen und sich als attraktiven Standort für eine Wertschöpfung durch Daten positionieren. Zu diesem Zweck hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 22. März 2017 übergeordnete Ziele definiert und die Bundesverwaltung beauftragt, erste Eckwerte einer Datenpolitik zu entwerfen. Er stellt auch fest, dass Daten der Rohstoff einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft sind. Geeignete Datenbestände sollen deshalb für eine Wiederverwendung zur Verfügung stehen. Die Entwicklung einer Datenpolitik ist integraler Bestandteil der Strategie «Digitale Schweiz», die der Bundesrat im April 2016 verabschiedet hat.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

International

Deutschland

- **eID-Funktion auf Personalausweis soll automatisch freigeschaltet werden:** Die deutsche Bundesregierung will den elektronischen Identitätsnachweis, der bislang nur nach Aufforderung freigeschaltet wurde, neu automatisch aktivieren. Dies sieht der Entwurf des «Gesetzes zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises» vor. Die Änderung soll zur vermehrten Nutzung der eID-Funktion und zum Abbau des Beratungs- und Bearbeitungsaufwandes bei der zuständigen Personalausweisbehörde beitragen. Weiterführende Informationen finden Sie im Artikel der [eGovernment Computing](#).
- **Begleitgesetz zum Portalverbund umstritten:** In Deutschland haben sich Bund und Länder Ende 2016 darauf geeinigt, ihre Verwaltungsportale zu einem gemeinsamen Portalverbund zu verknüpfen. Ein Begleitgesetz zum Portalverbund, das Onlinezugangverbesserungsgesetz (OZG), soll Bund, Länder und Kommunen dazu verpflichten, alle rechtlich und tatsächlich geeigneten Verwaltungsleistungen binnen fünf Jahren auch online anzubieten und über einen Verbund der Verwaltungsportale von Bund und Ländern zugänglich zu machen. Das Gesetz wurde im deutschen Bundesrat abgelehnt. Auch die Kommunen stehen dem Gesetz kritisch gegenüber. Sie favorisieren eine dezentrale Lösung.

Veranstaltungshinweise

Magglinger Rechtsinformatikseminar 22.-23.05.2017

Das 17. Magglinger Rechtsinformatikseminar findet dieses Jahr am 22. und 23. Mai 2017 wieder in der Aula der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen EHSM statt. Themen sind u.a. eSchKG, die Zeichensatzproblematik, der neue Zefix, Blockchain, das E-ID-Gesetz sowie eJustice in Italien und der Schweiz. Im Rahmen des Magglinger Rechtsinformatikseminars findet auch die 32. ordentliche Generalversammlung des Vereins eJustice.CH statt.

Melden Sie sich auf der [Website des Bundesamts für Justiz](#) zur Tagung an. Weiterführende Informationen finden Sie unter www.seminiur.ch.

Agenda:

- 5. Mai 2017, [6. eGovernment Symposium Romand](#), Fribourg
- 30. Mai 2017, [Swiss Internet Governance Forum 2017](#) (Swiss-IGF 2017), Bern
- 31. Mai 2017, [Forum Swissdec 2017](#), Bern
- 23. Juni 2017, [eGov Fokus](#), Bern
- 13. November 2017, [Nationales eGovernment Symposium](#), Bern
- 20. November 2017, [Konferenz «Digitale Schweiz»](#), Biel
- 21. November 2017, [National Digital Day](#), Anlässe in der ganzen Schweiz

Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB, Schwarztorstrasse 59, CH-3003 Bern
info@egovernment.ch, www.egovernment.ch, Tel. +41 31 324 79 21, Fax. +41 31 322 45 66

